

Wir sind
DO frei.

Vorwort

Willkommen in einem neuen Schuljahr.

Ich hoffe, Sie hatten die Gelegenheit Abstand vom Alltag zu bekommen und Ihre Energiereserven aufzutanken.

Wir haben Ihnen die neuesten Neuigkeiten aus der Berliner AGFS kurzgefasst zusammengestellt, damit Sie Bescheid wissen, was bildungspolitisch für die Freien Schulen so ansteht – und welche Schritte im Koordinierungskreis der AGFS vorbereitet sind, der vollzogenen und derzeit zu erwartenden Kürzung etwas entgegenzusetzen. So kann es nicht bleiben. Gute Möglichkeiten mitzuwirken!

Im Rahmen des Tages der Freien Schulen, beim Bildungsmarkt, bei der Bildungsdebatte am oder an der Gala – erstmals von der ev. Schulstiftung koordiniert: Vielen Dank!

Oder vielleicht bei der ersten Demo Freier Schulen vor dem Roten Rathaus am 19.9. ab 14 Uhr....

Lesen Sie, schauen Sie, wirken Sie mit: In diesem aufziehenden Herbst werden viele Weichen gestellt.

Herzliche Grüße

Andreas Wegener, AGFS Berlin, Sprecher



Ausschnitt des offiziellen Plakats zum Tag der Freien Schulen 2023.

„*Wir sind offen ...*“

Unter dem Motto „*Wir sind offen ...*“ lädt die Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft in Berlin dieses Jahr zum Tag der freien Schulen 2023 ein. Der Titel geht aber noch weiter: „*... und zwar für alle! Denn wir stehen für Bildungsgerechtigkeit.*“

Hiermit soll die Öffentlichkeit daran erinnert werden, dass der Berliner Bildungsauftrag auch in den Freien Schulen verwirklicht wird und eine große Bandbreite von Schulkonzepten die Wahlfreiheit der Eltern garantiert.

Gleichzeitig verstehen sich die Veranstaltungen als ein Angebot für die Eltern, sich über die vielfältigen Schulformen zu informieren und in direkten Kontakt mit den Schulen zu treten.

Unsere offene Einladung „*Wir sind offen ...*“ bekommt Rückenwind aus dem Senat für Bildung, Jugend und Familie: die Senatorin Katharina Günther-Wünsch konnte als Schirmherrin gewonnen werden.

Der AGFS ist es ein wichtiges Anliegen, offene Dialogräume zu schaffen, um die mit der Politik, den demokratischen Parteien oder der Verwaltung begonnenen Gespräche fortzusetzen. Die **Bildungsdebatte am Dienstag, 19.09. um 19 Uhr in der Turnhalle der Evangelischen Schule Neukölln** soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Eingeladen sind folgende Fraktionsvorsitzende bzw. bildungspolitische Sprecher*innen der im

Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien: Dirk Stettner (CDU), Maja Lasic (SPD), Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen) und Franziska Brychcy (Die Linke). Thorsten Wittke von Radio Paradiso moderiert die Debatte, zu der alle Bildungsinteressierte herzlich eingeladen sind.

Um nicht nur *über* das Schulsystem zu sprechen, sondern auf Augenhöhe mit den Beteiligten wurden jeweils eine Elternvertreterin sowie ein Schülersprecher auf das Podium eingeladen.

Neben den aktuellen bildungspolitischen Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und Lehrkräftemangel soll besonders über die negative Entwicklung der Finanzierungssituation freier Schulen gesprochen werden

Eine vorbereitende Pressekonferenz am Montag, 04.09. mit Journalist*innen, den Vertreter*innen der AGFS sowie der Senatorin in der Evangelischen Schule Berlin Mitte leitet die Veranstaltungsreihe zum Tag der Freien Schulen ein.

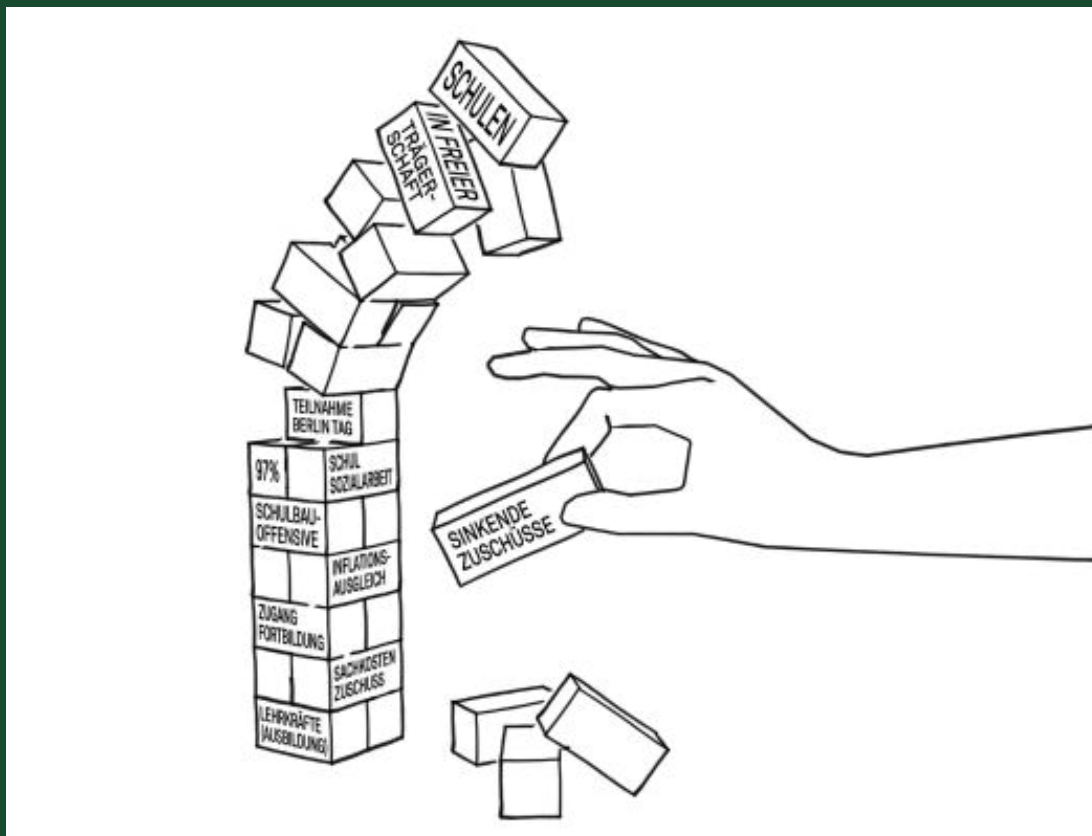
Um eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und über die jeweiligen Bildungs- und Stellenangebote zu informieren, findet wie jedes Jahr der Bildungsmarkt statt. Der Termin ist am **Sonntag, 17.09. von 13 bis 15 Uhr im Foyer der zentralen Gebäude der Humboldt Universität/Unter den Linden**. Die Bildungsmesse ist kostenlos und es benötigt keine Anmeldung vorab.

Einen Eindruck von dem kreativen Potenzial der Freien Schulen kann man darüber hinaus auf einer Gala gewinnen. Diese präsentiert ein buntes Bühnenprogramm, das von den Schüler*innen der verschiedenen Schulen gestaltet worden ist. Der Termin ist **Sonntag, 15.10. von 11 – 13 Uhr, in den Kammerspielen des Deutschen Theaters**.

Wir freuen uns auf inspirierende Gespräche und Begegnungen!

Autoren

Frank Olie (Evangelische Schulstiftung) und Julian Scholl (LAG der Waldorfschulen B-BB)



© Maren Bönsch: Logo für das Aktionsbündnis der freien Schulen Berlins.

Sinkende Finanzierungszuschüsse verhindern, neues Finanzierungsmodell einführen

Die Berliner Schulen in freier Trägerschaft geraten zusehends unter finanziellen Druck. Die Corona-Pandemie, die Energiekrise, die Inflation, die Bereitschaft schnell ukrainische Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, die Personalkonkurrenz zu den öffentlichen Berliner Schulen und die notwendigen Gehaltssteigerungen auch an freien Schulen zehren stark an den finanziellen Möglichkeiten der freien Schulen in Berlin.

Die Arbeitsgemeinschaft Schulen in freier Trägerschaft hat in den vergangenen Jahren wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass das bisherige Finanzierungssystem des Landes Berlin nur einen unzureichenden Anteil der Kosten des Schulbetriebs ausmacht. Mit 93% der Personalkosten der öffentlichen Schulen sollen die freien Schulen den kompletten Schulbetrieb bewältigen. Sächliche Kosten sowie die Investitionen für Grundstück und Gebäude bleiben unberücksichtigt. Weiterhin werden auch nicht alle Kosten für das Personal an den freien Berliner Schulen finanziert. Hier geht es insbesondere um die IT-Administration und um die Sozialarbeit an den Schulen. Nur das Klageverfahren der freien Schulen im Jahr 2021 gegen das Land Berlin hat dazu geführt, dass das Land zumindest die Ausstattung für die Verwaltungsleitung nunmehr finanziert, wenn auch in einer anderen

Systematik als an den öffentlichen Schulen (in den freien Schulen werden nur prozentuale Anteile nach Schwellenwerten der Schüler:innen finanziert).

Die freien Schulen in Berlin bekommen nichts geschenkt. Sonderprogramme des Bundes haben zumindest Investitionen im Bereich der Digitalisierung (Digitalpakt) und in den Gebäuden (Kommunalinvestitionsprogramm) ermöglicht. Bei den diversen Berliner Sonderprogrammen bleiben die freien Schulen in der Regel außen vor, obwohl auch unsere Schüler:innen Berliner Landeskinder sind. So fehlen bspw. die Zugänge zur Lernplattform des Landes genauso wie der Zugang zur gleichrangigen Lehrkräftebildung in Berlin.

Die Schulen in freier Trägerschaft fangen diese Einnahmelücke in erster Linie durch die Schulgelder der Eltern auf. Diese unterstützen weiterhin in großer Solidarität die Schulen ihrer Kinder. Aber auch Spenden können für besondere Vorhaben immer wieder durch die Schulen akquiriert werden. Nicht viel anders als in den Schulfördervereinen der öffentlichen Schulen.

Sollten die staatlichen Zuschüsse weiterhin nur rund 60% bis 70% der Kosten der freien Schulen decken, werden die freien Schulen bei höheren Kosten und gleichbleibender oder sinkender Finanzierung nicht anders können, als das Schulgeld bei den Eltern zu erhöhen. Familien mit geringem Einkommen werden diese Schulen dann bald nicht mehr besuchen können und die bisher in vielen Schulen noch gute Mischung an Schüler:innen gerät weiter unter Druck.

Die AGFS fordert daher von der Berliner Politik:

- den Zugang für einkommensschwache Familien zu verbessern (Schulgeldersatz)
- durch Zuschüsse für Kinder mit Förderbedarfen die Inklusion zu fördern
- die Beschulung von Flüchtlingen fair zu unterstützen
- die sächlichen Kosten in die Finanzierung mit aufzunehmen
- die Investitionen für den Neubau und den Erhalt der Schulen zu finanzieren
- sowie Mittel oder Fort- und Weiterbildungen auch für die Lehrkräfte an den freien Schulen zur Verfügung zu stellen
- die Wartefrist für neue Schulen zu verkürzen
- und den Schulen auch die Teilnahme an allen Landes Förderprogrammen zu ermöglichen

Die AGFS hat zur Nachwahl des Abgeordnetenhauses ein neues Finanzierungsmodell vorgelegt, das viele dieser Forderungen integriert und darüber hinaus die Finanzierung zu den jeweiligen Tarifabschlüssen des Landes anpasst und die steigenden Lebenshaltungskosten jährlich mitberücksichtigt. Wir lehnen uns dabei an die langjährig erprobte Finanzierung von Kitas und Horten in freier Trägerschaft in Berlin an. Das neue Finanzierungsmodell soll auch die weiterhin bestehenden Kürzungen des Jahres 2003 abmildern. Vor allem soll aber eine zukunftssichere Finanzierung

bereitgestellt werden, die die Situation des Jahres 2023 (stark steigende Kosten, aber sinkende Zuschüsse) verhindert.

Bis jetzt gibt es keine positiven Reaktionen aus Politik und Verwaltung zu unseren Vorschlägen. Aus diesem Grund findet die diesjährige **Bildungsdebatte in der Evangelischen Schule in Neukölln am 19.09.2023 um 19.30 Uhr** in der Mainzer Straße mit den Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien des Abgeordnetenhauses statt. Und vorher rufen die Schulen in freier Trägerschaft zu einer **Demonstration am 19.09.2023 um 14 Uhr vor dem Roten Rathaus** auf um die Forderung nach einer gerechteren Finanzierung zum Ausdruck zu bringen.

Autoren

Roland Kern (DaKs e.V.) und Torsten Wischnewski-Ruschin (Paritätischer Berlin)



Canva-Themengrafik (@Norphai).

Freie Schulen beklagen gemeinschaftlich die

Bescheide 2022ff.

Im November 2022 hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin in dem Muster-verfahren zur Frage von Zuschüssen für Personalstellen für Verwaltungsleitung, IT-Administration und Schulsozialarbeit für die Jahre 2021 und 2022 zu Lasten von 84 klagenden Schulen freier Träger geurteilt. Gegen das Urteil ist Berufung zum Ober-verwaltungsgericht eingelegt worden. Nach Auffassung der ersten Instanz sei die Personalausstattung der Schulen in öffentlicher Trägerschaft erst dann zu berücksichtigen, wenn es sich um ein "Regelangebot" handele, wenn also alle oder fast alle Schulen entsprechend ausgestattet sind. Damit wäre die Verwaltungsleitung erst ab 2022 zu berücksichtigen und die Sozialarbeit gar nicht, weil hier nur einzelne Projekte mit Personal des Landes stattfinden, die Vollabdeckung hingegen durch Dritte mit Geld der Senatsverwaltung. Bei der IT-Administration handele es sich ebenfalls nicht um ein Regelangebot der öffentlichen Schulen. Diese Aufgabe werde vielmehr von Lehrkräften neben ihren pädagogischen Hauptaufgaben übernommen.

Unabhängig vom rechtlichen Verfahren intensivieren wir unsere Anstrengungen nach einer politischen Lösung, die auch noch einmal durch das Urteil deutlich gewordene Finanzierungslücke gerecht zu schließen.

Autorin

Sabina Bothe (VdP LV Berlin/Brandenburg)



Canva-Themengrafik (@designer-things).

FREIE SCHULEN IN GEFAHR.

Zuschüsse sinken in Zeiten von Inflation und explodierenden Energiekosten

Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft muss dringend ERNEUERT werden, um die Schulen und die Bildungsvielfalt in Berlin für Eltern und Kinder zu erhalten.

UNFAIRE FINANZIERUNG

Schulen in freier Trägerschaft (u.a. Evangelische-, Katholische-, Waldorf- und Montessorischulen, und andere reformpädagogische Konzepte) – **IMMERHIN 11% ALLER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER** - werden nicht vollständig vom Staat finanziert.

Die freien Schulen bekommen in Berlin nur 93% der Personalkosten einer vergleichbaren öffentlichen Schule. Von diesem Geld muss aber nicht nur das Personal bezahlt werden, sondern auch Sachkosten wie Miete, Instandhaltung, Energie, Neubau oder z.B. Reinigung.

Dieser **MANGEL** muss leider durch die Erhebung von Schulgeldern, und z.T. durch deutlich niedrigere Gehälter kompensiert werden.

Darüber hinaus kommt der Anstieg der Personalkosten an öffentlichen Schulen z.B. durch Tariferhöhungen nur mit einer Zeitverzögerung von ca. 1-1,5 Jahren bei den freien Schulen an.

DER STAAT SPART AN UNSEREN KINDERN

Ein Schulplatz bei einer Freien Schule kostet das Land Berlin somit deutlich weniger, als dies bei einem Schulplatz an einer staatlichen Schule der Fall ist (ca. 55-70% je nach Schulart und Räumlichkeiten). Da ca. jedes zehnte Berliner Kind eine freie Schule besucht, geht es hier um eine jährliche Ersparnis im Millionenbereich.

JETZT AUCH NOCH SINKENDE ZUSCHÜSSE

Zum ersten Mal seit 12 Jahren bekommen die Freien Schulen 2023 geringere Zuschüsse als im Vorjahr. Diese Entwicklung wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Der Grund ist die Abhängigkeit der Finanzierung der freien Schulen von der Zusammensetzung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die sich z.Z. stark verändert (Quereinstieg, Verbeamtung, nicht besetzte Stellen). Aber auch die unfaire Finanzierung auf der Basis von unvollständigen Personalkosten.

Die Folge? Unsere Schulen müssen den Gürtel noch enger schnallen:

- Lehrkräfte können nicht fair bezahlt werden
- Schulgelder müssen erhöht werden
- Leistungen wie z.B. Schulsozialarbeit müssen eingeschränkt werden
- Instandhaltungen müssen gestoppt werden

Schluss mit der unfairen Finanzierung auf Basis von Personalkosten!

Schluss mit der verzögerten Weitergabe von Tariferhöhungen!

Schluss mit der größer werdenden Schere bei Löhnen, die freie Träger bezahlen können und dem staatlichen System.

Faire Finanzierung für Freie Schulen – Bildungsvielfalt erhalten

(Aktionsbündnis der freien Schulen Berlins)

Versammlungsleiter und Pressekontakt:

Andreas Wegener, [intern\(at\)freie-schulen-berlin.de](mailto:intern(at)freie-schulen-berlin.de)

Die Demonstration wird unterstützt von:

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Berlin (AGFS)

Verband deutscher Privatschulen, Landesverband Berlin/Brandenburg

Erzbistum Berlin

Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V.

Canisius-Kollegs

Evangelische Schulstiftung

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen Berlin Brandenburg

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin e.V.

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

AGFS Berlin
Andreas Wegener Henriette Meyer
Lentzeallee 8/14
14195 Berlin Berlin
Deutschland

info@freie-schulen-berlin.de

Wenn Sie diese E-Mail (an: c.reiche@schulstiftung-ekbo.de) nicht mehr empfangen möchten,
können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.